



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 3 35. Jahrgang Sept./Okt. 1991

Sachsen

- Ein zu erweckendes Industriepotential

Sachsen hat von den fünf neuen Bundesländern die größte Bevölkerungsdichte. Auf nur einem Fünftel der Fläche Ostdeutschlands leben rund ein Drittel der Bevölkerung. Rund 30% der Bevölkerung Sachsens leben in vier Großstädten:

- Leipzig 530.000 Einwohner
- Dresden 501.000 Einwohner
- Chemnitz 302.000 Einwohner
- Zwickau 119.000 Einwohner

Görlitz mit 83.000, Plauen mit 74.000, Bautzen mit 52.000 und Meißen mit 54.000 Einwohnern sind weitere Industriezentren des Landes. 50% der Einwohner leben in kleinen und mittleren Städten. Lediglich 20% in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern.

Sachsen zeichnet sich somit als Industrieland Ostdeutschlands aus. Hier war im 19. Jahrhundert schon früh industrielle Entwicklung zu verzeichnen. Mittlere und kleine Industrie gab es sogar in den Dörfern. Eine weitverzweigte Heimindustrie blieb lange erhalten. Das Verkehrswesen wurde früh ausgebaut: 1838 bereits gab es zwischen Leipzig und Dresden die erste deutsche Fernbahnverbindung.

Entsprechend dieser frühen Industrie- und Verkehrsentwicklung gewannen die politischen Ideen - liberale, demokratische und sozialistische - aufgrund der frühen sozialen Probleme in Sachsen schnell an Boden. Ferdinand Lassalle gründete 1863 in Leipzig den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein", den Vorläufer der heutigen SPD. Während der Reichstagswahlen 1903 gewannen die Sozialdemokraten 22 von 23 Wahlkreisen.

Die Grenze zu Polen und der Tschechoslowakei gibt den Sachsen die Chance, eine Drehscheibe europäischen Handels zu werden. Der Waggonbau Görlitz existiert u.a. durch einen Auftrag in Höhe von 400 Millionen

Mark (Eisenbahnwagen) für die Sowjetunion. Das Leipziger Unternehmen Baukema AG liefert für 450 Millionen Mark Asphalt- und Betonmaschinen in die Sowjetunion. Der Chemnitzer Anlagenbauer Rawena GmbH ordert Aufträge aus den östlichen Nachbarländern in Höhe von 84 Millionen Mark. Sachsen braucht die guten Kontakte zu Osteuropa, wenn sich die Industrie von ihrer jetzigen Umstrukturierungskrise erholen will.

In der Krise befindet sich vor allem der Braunkohleabbau und der Uranbergbau. Die Fototechnik und Optik sowie die Textil- und Bekleidungsbranche stecken in einem harten Verdrängungswettbewerb, und es werden voraussichtlich in diesen Bereichen wenige Arbeitsplätze zu halten sein.

Im Hauptindustriezentrum Leipzig hat der Maschinenbau, die Herstellung von Werkzeugmaschinen, das Druckgewerbe und die elektrotechnische Industrie wahrscheinlich die besten Chancen - in Verbindung mit der Leipziger Messe - den Weltanschluß zu finden. Dafür sprechen u.a., daß westliche Investoren in diesen Bereichen an Sachsen ein großes Interesse zeigen. Volkswagen baut für 4,6 Mrd. DM ein neues PKW-Fertigungswerk in Mosel bei Zwickau, Quelle ein Warenverteilungszentrum in Leipzig für 1 Mrd. DM, AEG eine Starkstromanlage in Dresden mit rund 1.000 Mitarbeitern, und die Deutsche Airbus beabsichtigt mit der Dresdener Flugzeugwerft kooperativ zusammenzuarbeiten.

Im Druckgewerbe ist die auffälligste Entwicklung die Ankündigung des Mannheimer Brockhaus-Verlages, auf einem Gelände in Leipzig ein Medienzentrum mit 2.500 Beschäftigten zu eröffnen. Ferner kommt der Mitteldeutsche Rundfunk in die Messestadt.

40 von 100 westdeutschen Investoren bevorzugen, so eine Ifo-Umfrage, Sachsen als Investitionsstandort. Trotz dieser positiven Indikatoren darf man sich nicht darüber

hinwegtäuschen, daß auch in Sachsen 1992 wohl erst der Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit erreicht sein wird. Die "Abwicklung" der Landwirtschaft spielt dabei nicht ganz eine solche Rolle wie in anderen ostdeutschen Bundesländern. Nur 7% der Beschäftigten sind in ihr beschäftigt - in Thüringen z.B. 10%. Ferner gibt es auch keine solche monoindustriell geprägten Industriestandorte wie in anderen Bundesländern, vom Bergbau einmal abgesehen. Nichtsdestoweniger müssen wir in einer solchen allumfassenden Anpassungskrise, die alle Branchen betrifft, mit einer über 50%igen Arbeitslosigkeit rechnen.

Umschulungen, Qualifizierungslehrgänge, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vorruhestandsregelungen u.a.m. federn diese Krise ab, sind aber natürlich nicht die erhofften festen Arbeitsplätze für die Menschen in diesem Bundesland. Gerade in Sachsen haben sich die Gewerkschaften mit der Landesregierung zu unkonventionellen Schritten in dieser Lage entscheiden können. Beschäftigungsgesellschaften werden von beiden Seiten aus erwünscht. Arbeitnehmervertreter haben eine eigene Beratungsagentur, um im industriellen Anpassungsprozeß sich von Fachleuten ihres Vertrauens in Mitbestimmungsfragen beraten lassen zu können. In dieser Situation kommt der Franke-Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit, die ABM-Lohnzuschüsse um 10% zu kürzen und die Sachkostenzuschüsse gar um 15% zu streichen, wie eine sozialpolitische Keule. Kurt Biedenkopf, der Ministerpräsident des Landes und sicher kein gewöhnlicher Konservativer, hat entsprechend scharf gegen diese Keule protestiert. Die Menschen benötigen für ein oder zwei Jahre Zeit, sich den Arbeitsmarktbedingungen neuer Unternehmen anzupassen, und die neuen Betriebe arbeiten auch nicht von heute auf morgen. Durch den Franke-Beschluß jedoch, das läßt sich in Sachsen am deutlichsten ablesen, da dort die meisten Beschäftigungsgesellschaften zu erwarten sind, werden diese Menschen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und ihnen keine Möglichkeit gegeben, den Umstrukturierungsprozeß mitzumachen. Gewerkschaften wie Landesregierung sehen in diesem Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit den Versuch, Beschäftigungsgesellschaften zu verhindern, und halten diesen Beschluß für einen der größten Gegenschläge im Anpassungsprozeß einer industriellen Modernisierung des Landes.

Welche Schwierigkeiten dem Land noch bevorstehen wird noch an zwei anderen Faktoren deutlich. Im Handwerk müßten, nach westlichen Maßstäben gemessen, 300.000 Handwerker in 40.000 Betrieben Arbeit fin-

den. Zur Zeit sind es weniger als 50%, Handwerker sind zum Teil abgewandert und zur Zeit sind auch die Prüfungen der Lehrlinge gefährdet. Wie hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen ist, weiß z.Z. niemand. Gerade haben wir im Tiefbau die ersten Anzeichen dafür, daß die großen Hilfgelder umgesetzt werden - wenn auch oft noch ohne sinnvolle Koordination. Im Hochbau dagegen, vor allem im Wohnungsbau bewegt sich aber fast nichts. Die Wohnraumqualität ist so schlecht wie eh und je, ein Konzept, den sozialen Wohnungsbau anzugehen, besteht nicht. In dieser Lage werden die Gewerkschaften gefordert sein, so etwas wie ein gemeinnütziges Wohnungsbauprogramm aufzulegen. Ohne vernünftigen Wohnungsbau, das läßt sich jetzt immer deutlicher absehen, werden die benötigten Fachkräfte aus dem Westen nicht bereit sein, vor Ort bei der Umstrukturierung der Wirtschaft und der Verwaltung mitzuhelfen.

Für Sachsen gilt, was auch für die anderen neuen Bundesländer gilt. Zur Zeit wird an allen Ecken und Enden geflickt, repariert, ausgebaut. Viele Termine können oft nicht eingehalten werden, weil man im Stau steckt oder stundenlang bei Behörden anstehen muß, die wohl mit die größten Probleme bei der Anpassung an westliche Maßstäbe haben. Eine Perspektive, daß dies in absehbarer Zeit anders sein könnte, hat man aber nicht. Im Gegenteil. Wir müssen für den Winter mit noch mehr Unregelmäßigkeiten rechnen, noch mehr wird ins Stocken geraten, und die sozialen Probleme werden - auch durch die Mieterhöhung im Oktober - die Lage in Sachsen sicher nicht angenehmer gestalten. Gerade Sachsen ist von einer Welle des Ausländerhasse berührt. Seine Grenzlage zu Polen und der Tschechoslowakei läßt bei einem hohen Arbeitslosensockel natürlich in den Randlagen der Städte rechtsradikale Tendenzen sich verstärken. Eine gemeinsame Konzeption, aufklärerisch und koordiniert dagegen vorzugehen, zwischen Gewerkschaften, Landesregierung und Parteien sowie Verbänden muß erst noch erstellt werden.

Zum Abschluß sei allen Lesern empfohlen, sofern sie die Möglichkeit haben, unbedingt einmal in die neuen Bundesländer zu fahren, um vor Ort den Entwicklungsstand selbst zu erfahren. Kein Bericht kann detailliert genug sein, die Komplexität der Probleme zu erfassen. Ein Besuch in Leipzig oder Dresden kann sinnvoll mit einem Abstecher ins Erzgebirge verbunden werden, das wir Jüngeren ja nur noch aus den Schulatlantikanten kennen.

Alexander Matwejew

Kommentar

Ein Jahr danach

Vor einem Jahr, am 3. Oktober 1990, wurde die deutsche Vereinigung rechtlich vollzogen. Die DDR war nicht mehr existent. Die Bundesrepublik Deutsch-

land hatte fünf Bundesländer mehr: Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Berlin-West und Ost bildeten wieder eine Stadt. Mauer und Stacheldraht waren beseitigt, die Freude war groß, es wurde gefeiert, die Bundesregierung versprach Aufschwung, keine steuerliche Zusatzbelastung der Bevölkerung durch die Einheit

und politische Stabilität.

Doch schon sehr bald erwiesen sich die Versprechen der Bundesregierung als "Wahl"-Lügen und die Prognosen für die neuen Bundesländer als Seifenblasen.

Der wirtschaftliche Aufschwung blieb überwiegend aus. Die Arbeitslosenzahlen stiegen in die von den Gewerkschaften befürchtete Höhe. Die Fachkräfte wanderten ab. Die Jugendlichen erhielten im Osten keine Lehrstellen. Mieten, Abgaben, die Lebenshaltungskosten wurden unverträglich teuer. Das Lohnniveau im Osten liegt über fünfzig Prozent unter dem im Westen. Die Steuern wurden doch erhöht und werden weiter steigen.

Rechtsradikalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Sozialneid machen sich breit.

Die Mauer aus Beton und Stacheldraht wandelte sich in eine Mauer aus sozialen und wirtschaftlichen Problemen, in eine Mauer, die bei vielen Menschen Zukunftsangst erzeugt.

Die Menschen im Osten unseres Mutter- und Vaterlandes, aber auch viele Menschen im Westen benötigen eine Perspektive, die ihr Leben wieder lebenswert macht. Im Osten und Westen müssen so schnell es nur geht einheitliche Lebensverhältnisse hergestellt werden. Die Arbeitslosigkeit muß beseitigt, die Wohnungsnot muß bekämpft werden. Dazu ist jedoch auch ein solides Finanzierungskonzept erforderlich.

Die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer wird dem nicht gerecht. Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist politisch instinktiv und sozial unannehmbar. Die Bundesregierung will, daß Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Rentner und Rentnerinnen, Arbeitslose, Menschen, die von Sozialhilfe leben über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gut fünf Milliarden Mark für Steuersenkungen zu Gunsten von Vermögens- und Kapitalbesitzern aufbringen. Dieses unsolide Finanzkonzept kann bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht auf Akzeptanz stoßen.

An Stelle der Mehrwertsteuererhöhung muß die Ergänzungsabgabe beibehalten, aber erst ab einem Jahreseinkommen oberhalb 60.000 bei Ledigen und 120.000 bei Verheirateten erhoben werden. Die dadurch zu erzielenden Mehreinnahmen sind ebenso hoch wie bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Zur weiteren Finanzierung könnte ein zweistelliger Milliardenbetrag durch einen Verzicht auf die Unternehmenssteuersenkungen, Einführung einer verfassungsmäßigen Zinsbesteuerung und die Durchführung der seit langem zugesagten, aber bisher unterlassenen Kürzungen im Verteidigungshaushalt erzielt werden.

Auch durch den Abbau von Subventionen können mehr als 10 Milliarden DM für eine andere Verwendung freigemacht werden. Dabei ist es arbeitsmarkt-

politisch verantwortungslos, die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu kürzen und sozialpolitisch verantwortungslos, die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau zu kürzen.

Die Kosten für die Sanierung des Arbeitsmarktes im Osten dürfen nicht nur von den Arbeitern und Angestellten getragen werden. Auch Selbständige, Ärzte, Beamte, also alle sind daran zu beteiligen. Deshalb muß die von verantwortungsbewußten Sozialpolitikern und -politikerinnen, Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen geforderte Arbeitsmarktabgabe an die Stelle einer weiteren Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung treten.

Nur wenn es gelingt, den sozialen Frieden in unserem Land wieder herzustellen, wird es auch gelingen, den ständig zunehmenden Rechtsradikalismus, Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen. Die Diskussion um die Änderung des Asylrechts ist nur Wasser auf die Mühlen Rechtsradikaler und zeigt die Unfähigkeit oder den nicht vorhandenen politischen Willen der derzeitigen Bundesregierung zur Beseitigung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Mißstände in unserem Land.

Dabei will ich nicht verkennen, daß die weltpolitische Lage, besonders die Entwicklung im Osten Europas auf die politischen Rahmenbedingungen in unserem Land erheblichen Einfluß ausüben. Auch hier sind wir gefordert, bei allen Problemen, die wir im eigenen Land haben. Wir dürfen die sogenannte "Dritte Welt" nicht vernachlässigen und dürfen, nachdem wir die Demokratisierungsprozesse in den Ländern Osteuropas - zurecht - gefördert haben, die Hilfe bei den wirtschaftlichen und sozialen Problemen nicht verweigern. Die neuen Demokratien werden keinen Bestand haben, wenn die Menschen über längere Zeit in wirtschaftlicher oder sozialer Not leben müssen. Die Menschen in diesen Ländern müssen erkennen und erleben können, daß Demokratie mehr ist, als frei reden oder demonstrieren zu dürfen. Dabei weiß ich zu gut, wie hoch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Demonstrationsfreiheit bewertet werden müssen.

Weil die Demokratisierung von uns gewollt war, weil die Menschen, die die friedliche Revolution in der DDR durchgeführt haben, nicht enttäuscht bleiben dürfen, weil die Menschen, die dem Putsch in der Sowjetunion erfolgreich getrotzt haben, unterstützt werden müssen, weil neue Unfreiheit auch uns schaden würde, müssen wir alle unseren Teil zur Lösung der vorhandenen Probleme beitragen. Es muß jedoch ein gerechter und von uns zu akzeptierender Beitrag sein.

Der 3. Oktober 1991 wird noch nicht der Feiertag sein, der die Bezeichnung "Tag der Deutschen Einheit" wirklich verdient. Von der sozialen und wirtschaftlichen Einheit sind wir noch weit entfernt.

Karl-Heinz Jungmann

Reichsbanner intern

Frankfurter Reichsbanner auf großer Fahrt

Der diesjährige Ausflug des Frankfurter Reichsbanner ging diesmal von Koblenz nach Cochem. Das Besondere dabei war, daß man sich diesmal auf einem Moseldampfer traf. Am 16. August fuhr man von Frankfurt/M. mit dem Bus nach Koblenz, bestieg dort den Dampfer und fuhr moselaufwärts nach Cochem. Dabei gab es ausreichend Gelegenheit, bei Sonnenschein auf dem Oberdeck oder bei Kaffee und Kuchen unter Deck, sich über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auszutauschen. Über 50 Reichsbannermitglieder und Gäste haben diese Fahrt, die von Alfred Körner, dem 1. Vorsitzenden des Frankfurter Reichsbanner glänzend organisiert war, sichtlich genossen.

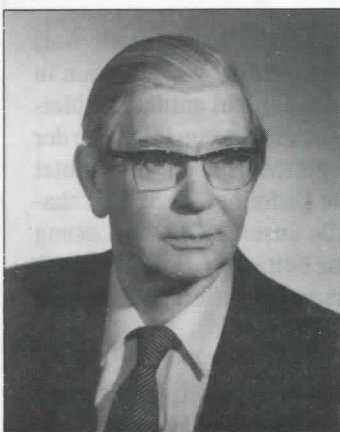
In Cochem blieb es dem Einzelnen überlassen, ob er sich in der Stadt aufhalten wollte oder einen kurzen Kulturausflug zur Reichsburg oberhalb der Stadt unternehmen sollte. Die Reichsburg wurde im 19. Jahrhundert in romantischer Vorstellung wiederaufgebaut, und man hat von ihr einen herrlichen Blick über die Mosel und die ihr zu Füßen liegende Stadt Cochem.

Am späten Nachmittag fuhr die Gruppe dann mit dem Bus über das Hunsrücker Hochland nach Frankfurt zurück. Allgemein wurde es begrüßt, daß nächstes Jahr die obere Moselhälfte bereist werden soll. Man plant eine Fahrt von Trier moselaufwärts, und die Reichsbannermitglieder und ihre Gäste sehen mit Freude dieser Fahrt entgegen.

A.M.

Nachruf

Fritz Corterier †



Kurz vor Vollendung des 85. Lebensjahres hat uns einer unserer aktivsten Kameraden verlassen. Bis zuletzt war er an allem politischen Geschehen interessiert und hat noch im Jahre 1985 in seinem Freundeskreis eine große Anzahl von Interessenten für unsere Zeitschrift "Das Reichsbanner"

geworben, die uns zum größten Teil bis heute treu geblieben sind.

Am 19. Juli 1906 in Wunstorf bei Hannover geboren, absolvierte er im Anschluß an seinen Schulbesuch in Bremen eine kaufmännische Lehre, der sich das Studi-

um der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Berlin, Tours und Mannheim anschloß.

Während dieser Zeit trat er 1929 in die SPD ein, wurde Mitglied der Vereinigung Republikanischer Studierender und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Als stellvertretender Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes widmete er sich dem aktiven Kampf gegen den NS-Studentenbund. Voller Stolz wußte er von der letzten großen Reichsbanner-Kundgebung mit Hubertus Prinz zu Löwenstein zu berichten. 1933 konnte er noch sein Examen als Diplom-Kaufmann in Mannheim ablegen, um kurz danach vom Weiterstudium ausgeschlossen zu werden mit der Begründung: "Gemäß Erlaß des Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Abteilung Kultus und Unterricht in Karlsruhe vom 18. August 1933 Nr. A 22236, der die Säuberung der badischen Hochschulen von marxistischen und sonstigen volksfeindlichen Studierenden vorsieht, werden Sie von einem weiteren Studium an einer deutschen Hochschule ausgeschlossen." Während des 2. Weltkrieges diente er 1940 bis 1945 bei der Marine-Artillerie, um nach Kriegsende wieder als selbständiger Steuerberater tätig zu sein und sich auch wiederum der politischen Arbeit zu widmen. In der Zeit von 1950 bis 1962 führte er den Kreisverband Karlsruhe der SPD als Vorsitzender. Zwischenzeitlich war er 1953 in den deutschen Bundestag gewählt worden, aus dem er 1969 ausschied, um seine politische Tätigkeit als Mitglied des Europarates und im Europaparlament fortzusetzen. Während seiner parlamentarischen Arbeit hatte er sich schwerpunktmäßig der Wirtschaft und den Finanzen gewidmet.

Alle, die ihn kennengelernt haben, werden ihm insbesondere für sein vorbildliches politisches Wirken ein ehrendes Andenken bewahren. Wir haben einen guten Kameraden verloren, für seine Familie war er noch viel mehr.

Siegfried Keiling

Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

Zu Heft 2/1991

Werte Kameraden,

Mit großem Interesse las ich den in der Juli-Ausgabe erschienen Artikel mit dem Titel "Aus der Geschichte lernen".

Je mehr wir uns zeitlich von der Geschichte unseres Landes seit Ende des 1. Weltkrieges entfernen, umso wichtiger sind solche Berichte und Eindrücke von Zeitzeugen. Sie helfen vielleicht vor allem den Jüngeren unter uns, sich in der Gegenwart besser zurechtzufinden

und nicht dazu verleiten zu lassen, unter neuen Vorzeichen die alten Fehler zu wiederholen.

In seinem Artikel streift der Verfasser durch die Ereignisse um den 20. Juli 1932. Er meint, daß die damalige SPD-Führung nicht anders handeln konnte, als sich gewissermaßen dem Diktat der Reichsregierung unter von Papen zu beugen, d.h., die demokratische Bastion - die preußische Regierung unter Braun-Severing - kampfflos aufzugeben. Niemand kann natürlich behaupten zu wissen, welchen Gang die Ereignisse genommen hätten, wenn die von der SPD geführte Preußen-Regierung damals nicht kapituliert hätte. Aber es scheint mir in diesem Zusammenhang doch wichtig, darauf hinzuweisen, daß der 20. Juli 1932 - sechs Monate später übernahmen die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland - der Tag war, an dem der Republik "das Rückgrat brach und unmittelbar der Machtergreifung Hitlers den Weg bereitete" (Karl Rohe in seinem Geschichtsbuch "Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", S. 426). So wurde dieses Ereignis auch von der übergroßen Mehrheit von uns aktiven Reichsbanner-Mitgliedern damals empfunden.

Niemand hat vielleicht dieses Drama besser beschrieben als der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hoegner, nach dem 2. Weltkrieg Ministerpräsident von Bayern (1945-1946 und 1954-1957), in 1979 zum Ehrenmitglied des Reichsbanners ernannt. Nachstehend ein kurzer Auszug aus dem Buch "Flucht vor Hitler", das Hoegner 1937 im Schweizer Exil geschrieben hatte und das 1978 erschienen ist:

"Der schwerste Schlag des Jahres 1932 war die Preisgabe der roten Feste Preußen gewesen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte sie am 20. Juli 1932 kampfflos geräumt. Dabei war der Versuch eines Widerstandes gegen den Staatsstreich des Reichskanzlers Papen garnicht aussichtslos. Gegen Papen standen die süddeutschen Staaten, die in der Absetzung der preußischen Regierung einen unzulässigen Eingriff der Reichsgewalt in die verfassungsmäßigen Rechte der Länder erblickten. Gegen Papen eingestellt waren ferner große Teile der preußischen Landespolizei, die meisten ihrer Offiziere waren, getreu ihrem Eid, zur Verteidigung der rechtmäßigen Regierung Braun mit Waffengewalt entschlossen. In den Berliner Großbetrieben warteten die Vertrauensleute der freien Gewerkschaften fiebernd auf das Zeichen zum Beginn des Generalstreiks. Bei der Erbitterung der Zentrumsparterie gegen den abtrünnigen Katholiken von Papen wären auch die christlichen Gewerkschaften im Rheinland und in Westfalen in den Streik mit reingerissen worden. Ebenso wären, trotz aller Verhetzung gegen die Sozialdemokratie, auch die Kommunisten in die Front gegen die Verfassungsbrecher eingeschwenkt. Die preußische Polizei hätte durch Zehntausende erprobter Reichsbannerleute verstärkt werden können

Aber die deutsche Sozialdemokratie besaß schon damals nicht mehr die Kraft zu einer entschlossenen Tat, es reichte gerade noch zu einer kraftmeierischen Geste aus. Der preußische Innenminister Severing hatte zuerst versichert, nur der Gewalt weichen zu wollen. Als aber

dann der Essener Polizeipräsident Melcher mit einem Reichswehroffizier erschienen war und mit Gewaltanwendung gedroht hatte, war Severing aus seinem Arbeitszimmer hinüber in seine Privatgemächer gegangen. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften suchten vergebens ihre Ohnmacht und Entschlußlosigkeit zu bemänteln....."

Aus der Geschichte lernen können wir nur, wenn wir sie nüchtern und objektiv sehen, wie sie tatsächlich war.

Gerhard Schild

PS: Wäre es nicht möglich, die Artikel und Leserbriefe in der Zeitschrift wieder namentlich zu kennzeichnen? Weder für den Artikel "Aus der Geschichte lernen" noch für den im gleichen Heft abgedruckten Leserbrief ist der Verfassersname angegeben.

Anmerkung der Redaktion

Die Namen der Verfasser wurden unbeabsichtigt nicht abgedruckt (Ausgabe 2/91).

Den Artikel "Aus der Geschichte lernen" hat Kamerad Hans Bonkas geschrieben.

Der Leserbrief ist von Kamerad Siegfried Keiling.

Nachrichten, Namen, Notizen

Entwicklung der Verteidigungslasten

Der Haushalt 1992 sieht für die Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte Gesamtausgaben in Höhe von mehr als 1,45 Milliarden DM vor. Dies ist gegenüber dem Jahr 1991 ein Rückgang von ca. 186 Millionen DM. Die Einnahmen senken sich um ca. 23 Millionen auf rund 145 Millionen DM.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden sich dabei auf 25 Millionen DM belaufen, eine Steigerung um rund 25%. Die Personalausgaben sollen von 650 Millionen DM auf 632 Millionen DM und die sächlichen Verwaltungsausgaben von rund 535 Millionen DM auf 477 Millionen DM gesenkt werden. Zuweisungen und Zuschüsse machen rund 176 Millionen DM und die Ausgaben für Investitionen 168 Millionen DM aus.

Aufenthaltskosten amerikanischer, britischer und französischer Streitkräfte in Berlin sind in Höhe von 1,16 Milliarden DM im Etatgesetzentwurf eingestellt. Die Verteidigungsfolgekosten der Entsendestaaten ohne Berlin sind für 1992 mit rund 286 Millionen DM veranschlagt. Weitere rund 11 Millionen DM werden nach den Berechnungen der Bundesregierung für Besatzungs- und Verteidigungsfolgekosten der Entsendestaaten in Berlin benötigt.

In dem Gesetzentwurf weist die Bundesregierung darauf hin, daß die Aufenthaltskosten der Stationierungstreitkräfte in Berlin aufgrund der Bestimmungen des Notenwechsels über den befristeten Verbleib der Streitkräfte dieser Länder entstehen.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes

Die gesamtdeutsche Entwicklung und der Umwälzungsprozeß in Osteuropa schafften für den Bundesgrenzschutz (BGS) eine erheblich veränderte Situation. Aufgabenstellung und organisatorischer Zuschnitt haben sich verändert. Weitere Veränderungen zeichnen sich ab.

Die Vereinigung Deutschlands und der Abbau der polizeilichen Kontrollen an den Binnengrenzen der EG bedingen eine Neuorientierung des BGS. In den neuen Bundesländern hat der BGS mit den Aufgaben der Bahnpolizei und des Schutzes vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs bereits neue Funktionen übernommen. Diese sollen ihm auch für den Bereich der alten Bundesländer übertragen werden.

Der Tätigkeitsbericht verzeichnet vor dem 3. Oktober 1990 die Betreuung von rund 175.000 Übersiedlern nach der Öffnung der Grenze und die Bewältigung des Ansturmes von Besuchern auch der ehemaligen DDR an rund 200 neu eröffneten Grenzübergängen. Zum 1.7.1990 folgte dann die Aufhebung der Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze und damit der Wegfall des Grenzsicherungs- und Kontrollauftrages entlang dieser Grenze. Mit dem 3. Oktober 1990 wurde der Grenzschutz der ehemaligen DDR vom Bund übernommen und organisatorisch in den BGS überführt, der nunmehr 30.000 Beschäftigte hat. Wie Bundesinnenminister Dr. Schäuble dazu weiter ausführte, werden die Angehörigen des BGS-Ost zwischenzeitlich im Hinblick auf mögliche Tätigkeit für den ehemaligen Staatssicherheitsdienst der DDR überprüft.

Die Zahl der Grenzübergangsstellen insgesamt wurde im Berichtszeitraum um 66 auf 773 erweitert. Darauf entfallen 56 im Beitrittsgebiet, 7 zur CSFR in Bayern sowie 3 Flugplätze.

Bei weit mehr als einer Milliarde Ein- und Ausreisen wurden rund 115.000 Menschen an der Grenze zurückgewiesen und weiteren rund 47.000 die Weiterreise untersagt. In über 800.000 Fällen ermöglichten Grenzbeamte Reisenden mit nicht vorschriftsmäßigen Dokumenten durch Ausstellung eines Ersatzpapiers oder eines Ausnahmesichtvermerks die Fortsetzung der Reise. Aufgegriffen wurden ca. 116.000 Personen und rund 18.000 Straftäter festgenommen.

Neuregelung der Zuzahlung für Arzneimittel ab 1.1.1992 ordnungspolitisch falsch und sozial untragbar

Die von der Koalition beschlossene Neuregelung der Zuzahlung für festbetragsfreie Medikamente ab 1.1.1992 in Höhe von 15 Prozent, maximal DM 10,- bezeichnete die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Ursula Enge-

len-Kefer, heute in Düsseldorf als ordnungspolitisch falsch und sozial untragbar.

Die Regelung des sogenannten Gesundheitsreformgesetzes (GRG), ab 1992 eine 15-prozentige Zuzahlung bis zu maximal DM 15,- einzuführen, ging von der Vorstellung aus, daß bis zu diesem Zeitpunkt der weitaus größte Teil des Pharmamarktes mit Festbeträgen versehen sein würde, und auch die Instrumente, wie die Negativlisten und Richtgrößen für die Arzneimittelverordnung, umgesetzt wären. "So aber ist es nicht. Bis Ende 1991 werden nur ca. 30 Prozent der Arzneimittel mit Festbeträgen versehen sein. Das heißt, der weitaus größte Teil des Medikamentenmarktes wird mit einer Zuzahlung belegt werden," erklärte Engelen-Kefer. Die Zuzahlung trotz eines veränderten Hintergrunds einzuführen ist ordnungspolitisch falsch.

Es ist ein sozialpolitischer Skandal, wenn jetzt die Nachteile des Festbetragskonzepts auf dem Rücken der Kranken ausgetragen werden, urteilte Engelen-Kefer. Aus dem ursprünglich geforderten Solidarbeitrag der Pharmaindustrie werde jetzt ein Solidarbeitrag der Versicherten für die Pharmaindustrie.

Sie erinnerte daran, daß der DGB bereits im Zuge der Konzeption des GRG Zuzahlungen abgelehnt hat, da in erster Linie dadurch ältere Patienten belastet werden. Außerdem sei eine Steuerungswirkung von Zuzahlungen bei Arzneimitteln generell nicht nachweisbar.

Die nun für den 1.1.1992 formulierte Neuregelung sieht zwar im Gegensatz zur ursprünglichen Gesetzesregelung eine maximale Zuzahlung von DM 10,- vor, ist aber dennoch als sozial unverträglich zu charakterisieren. Daran ändern auch die unzureichenden Härtefallregelungen des SGB V wenig.

Mit Nachdruck forderte die stellvertretende DGB-Vorsitzende die Koalition auf, ihre Entscheidung rückgängig zu machen und die Neuregelung auszusetzen, bis ein schlüssiges Konzept zur Steuerung des Arzneimittelmarktes insgesamt vorliegt.

Zu einem solchen Konzept gehören nach Auffassung des DGB vor allem Preisverhandlungen der Krankenkassen mit den Pharmaherstellern sowie verbindliche Empfehlungslisten für die ärztliche Verordnung.

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.
Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt 80.
Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.